

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Band: 10 (1990)
Heft: 19

Artikel: Casino-Kapitalismus ohne Demokratie : CH-Banken und ihre Rekordgewinne
Autor: Trepp, Gian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651917>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Krise der Demokratie

Gian Trepp

Casino-Kapitalismus ohne Demokratie

CH-Banken und ihre Rekordgewinne

Finanziell gesehen war 1989 für die Schweizer Banken ein Spitzenjahrgang. Im zweiten vollen Geschäftsjahr nach dem grossen Börsenkrach vom Oktober 1987 meldeten nahezu alle Institute neue Rekordgewinne und erhöhten ihren Aktionären die Dividenden. Wie ein Blick in die Jahresabschlüsse zeigt, lief das Geschäft bei den grossen Drei der Branche besonders gut. Während die Bankgesellschaft einen Bruttogewinn von 1,76 Milliarden Franken erzielte, verbuchten Kreditanstalt 1,65 Milliarden und Bankverein 1,44 Milliarden. Verglichen mit dem Vorjahr ergibt dies Steigerungsraten zwischen 14 und 20 Prozent.

Trotz des ständigen Gejammers der Banken über die angeschlagene Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz und den verhaltenen Drohungen, die Geschäfte und damit die unternehmerische Expansion verstärkt auf attraktivere ausländische Plätze zu verlagern, stieg das von den Schweizer Banken realisierte Transaktionsvolumen in den verschiedensten Bereichen wieder an. Das hohe Gewinnwachstum resultierte vor allem aus dem Finanzgeschäft, wo die Einnahmen aus Kommissionen, Courtagen und Gebühren für Bankdienstleistungen stark stiegen, insbesondere im Wertpapierhandel und in der Vermögensverwaltung. Der Krebsgang in der Finanzbranche mit Pleiten und Entlassungen in London und New York und auch der erneute Börsensturz vom Oktober 1989 vermochten der Wertpapierspekulation der "Grossen Drei" kaum einen Dämpfer aufzusetzen.

Ebenfalls ein Rekordresultat lieferte der Devisen-, Noten-, und Edelmetallhandel. Während diese Geschäftssparte unter dem Zeichen Südafrikagold und Geldwäscherei (1) nach wie vor im Rampenlicht der öffentlichen Kritik steht, scheffelten die Schweizer Banken hier das grosse Geld. Auch nachdem das Parlament 1989 mit dem neuen Gesetzesparagrafen gegen die Geldwäscherei den lukrativen Geschäftssektor beschnitten hat, bleibt eine Grauzone zwischen Legalität und Illegalität bestehen.

Anders als im Finanzgeschäft stimmt die Kasse für die Banken im kommerziellen Kreditgeschäft nicht. Der Zinsertrag nahm zwar mit dem Kredit hunger der gegenwärtigen Hochkonjunktur stark zu. Gleichzeitig bewirkte jedoch ein rasanter Anstieg der kurzfristigen Zinssätze eine markante Umschichtung von Kundeneinlagen weg von den tief verzinsten Spar- und De-

positengeldern, hin zu den hochverzinsten Festgeldern auf Zeit. Dies trieb den Zinsaufwand der Banken in die Höhe und verteuerte den Banken die Refinanzierung der Ausleihungen an Kunden. Per Saldo resultierten im Zin-sengeschäft gegenüber 1988 nur geringe Zuwachsraten. Bei der SBG stieg hier der Gewinn nur um 0,2 Prozent, bei den beiden anderen Grossbanken etwas mehr. Berücksichtigt man die hohe Geldentwertung im vergangenen Jahr, so war der Gewinn aus dem Kommerzgeschäft sogar rückläufig.

*

Im Laufe der 80er Jahre hat sich der Anteil des Finanzplatzes Schweiz mit seinen Banken, Börsen, Finanzgesellschaften und Versicherungen am Bruttoinlandprodukt bis 1989 knapp verdoppelt, heute liegt er bei über zehn Prozent. Die Zahl der Beschäftigten allein bei den Banken ist auf über 120'000 angestiegen; deren Durchschnittslohn lag 1987 mit Fr. 73'000 fast 50 Prozent über dem Durchschnittslohn der Gesamtwirtschaft. Besonders deutlich wird das Kollektivinteresse an der "Publikumsgesellschaft Finanzplatz Schweiz AG" bei den Steuern. Gemäss einem Thesenpapier "Zukunft des Finanzplatz Schweiz" der vier Bundesratsparteien vom 20.12.89 betragen die direkten Steuern der Banken und Finanzgesellschaften an Bund, Kantone und Gemeinden rund zwei Milliarden Franken – oder 40 Prozent aller von den Kapitalgesellschaften erbrachten direkten Steuern. Dazu kommen die privaten Einkommenssteuern auf die überdurchschnittlich hohen Saläre der Branche. Nochmals je zwei Milliarden Franken pro Jahr für die Bundeskasse bringen Verrechnungssteuer und Stempelsteuer.

Im vergangenen Jahrzehnt expandierten die Schweizer Banken bezüglich Arbeitsplätze und Wertschöpfung vor allem im Inland. Im Gegensatz dazu spielte sich das Wachstum der Schweizer Grossindustrie vor allem im Ausland ab. Die Basler Grosschemie, Nestlé, ABB, etc. sind immer weniger auf den Standort Schweiz angewiesen. Arbeitslöhne, Steuern und Dividenden fallen mehr und mehr im Ausland an. Etwas überspitzt formuliert, gilt heute: Rentiert die Schweizer Grossindustrie, profitiert vor allem das internationale Aktionariat und die Belegschaft; geht es dem Finanzplatz Schweiz gut, kassiert auch die Mehrheit der Gesamtbevölkerung mit. Die von diesem Geldsegen – oder Geldfluch – der Finanzplatz-Prosperität nicht erreichte Minderheit wächst, bleibt jedoch bis heute deutlich minoritär. (Aber was heisst da minoritär? Über 500'000 Menschen in der Schweiz leben mit oder unter dem Existenzminimum von 1'500 Franken. Doch in der NZZ vom 22.8..89 ist man zum Schluss gekommen, dass "Bedürftigkeit und Armut relative Begriffe" sind.)

Geht es um die Zukunft des Finanzplatzes Schweiz, dann funktioniert die wirtschaftliche Ordnungspolitik im Schweizer Konkordanzsystem auch heute noch wie eh und je. Beim schon erwähnten, einstimmig verabschiedeten Thesenpapier der vier Bundesratsparteien hat eine scheinbar recht vertraute Runde von Finanzexperten mitgearbeitet: die Nationalrätinnen und Nationalräte Vreny Sperry-Verwaltungsrätin Kreditanstalt (FDP), Lilian Uch-

tenhagen-Verwaltungsrätin Genossenschaftliche Zentralbank (SP), Christoph Blocher-Verwaltungsrat Bankgesellschaft (SVP), sowie Chefökonom Beat Kappeler vom Gewerkschaftsbund. "Unser rohstoffarmes Land braucht einen starken, international ausgerichteten Finanzplatz, der zu erhalten und zu fördern ist. Es gilt, den Finanzplatz Schweiz in jeder Beziehung wettbewerbsfähig auszugestalten", heisst es in diesem Papier. Bei den vorgeschlagenen 17 Massnahmen dominiert der Kompromiss, wie immer, wenn es in der Schweiz ums Geld geht.

Unterstützt wird einerseits die Forderung der Banken nach einer Teilabschaffung der Stempelsteuer im Wertschriftenhandel; die Steuerausfälle sollen jedoch nicht zuletzt von den Banken selbst kompensiert werden, durch Erhöhung der Gewinnsteuer für juristische Personen. Gefordert wird – gemäss Bericht der Kartellkommission und entgegen den Wünschen der Bankiervereinigung die Verstärkung der Konkurrenz durch die Aufhebung von lukrativen Marktabsprachen unter den Banken. Gefordert wird weiter eine "Börse Schweiz", die dank Neuorganisation des Wertpapierhandels durch ein neues Eidgenössischen Börsengesetz europakompatibel gemacht und auf den internationalen Finanzmärkten gestärkt werden soll. (Nicht einverstanden mit den Börsenreformplänen von Bankiervereinigung und Bundesratsparteien sind die Kantonsregierung von Zürich und Basel. Kein Wunder, kassieren diese doch unter den gegenwärtigen Kantonalen Börsengesetzen fette Gebühren ab, die mit eidgenössischem Gesetz wegfallen müssten. Allein aus dem sog. Börsenzehner hat der Kanton Zürich von 1980 bis 1989 über 400 Millionen Franken eingestrichen.)

Sind die schönen Tage der Schweiz als "Tief-Zins-Insel" endgültig vorbei? Die Besorgnisse der vier Bundesratsparteien, das Schweizer Zinsniveau könnte sich auf dem höheren europäischen Durchschnitt einpendeln, sind verständlich. Nach hiesigen Usanzen kann die kleine Minderheit der Hausbesitzer eine Verteuerung ihrer Hypothekarschuld problemlos auf die grosse Mehrheit der Mieterinnen und Mieter abwälzen. In der Landwirtschaft folgen diesen Produktionskostensteigerungen die Subventionsbegehren auf dem Fusse. Die hypothekarische Belastung von Grund und Hauseigentum ist in der Schweiz wegen traditionell tiefer Zinsen und fehlender Amortisationspflicht besonders hoch. Dank florierendem Finanzplatz und hoher Sparquote funktionierte die Sache jahrzehntelang bestens. Sollte es in den 90er Jahren mit den tiefen Zinsen endgültig vorbei sein, könnten sich die Banken und die Hausbesitzer flexibel der neuen Situation anpassen. Bei der Anpassung der Schweizer Finanzmärkte an den verschwundenen Zinsvorteil der guten alten Zeit, ist keine Opfersymmetrie zwischen Mietern und Hausbesitzern vorgesehen. Im Gegenteil, mit dauerhaft (noch) höheren Mieten für den gleichen Wohnraum zahlen Mieterinnen und Mieter gezwungenermassen die happige Zeche. Anders formuliert: Abbau des materiellen Lebensstandards der Bevölkerungsmehrheit zwecks Sicherung der Einkünfte einer kleinen Minderheit. Hier liegt Dynamit begraben. Während die Wohnungsnot und die Mietzinsnot immer brutalere Züge annehmen, wollen die Bundesratsparteien erst einmal abwarten. Nach berüchtigtem Parlaments-

Ritual fordern sie eine Studienkommission. "In unverzüglich an die Hand zu nehmenden Studien der Banken und der Schweizerischen Nationalbank ist zu untersuchen, wie eine langfristige Finanzierung und eine Amortisation der Hypotheken sichergestellt werden kann" (S.12) Ob Gewerkschafts-Chefökonom Beat Kappeler bei der Endredaktion des Papiers wohl geschlafen hat? Der einseitige Vertrauensvorschuss an die Experten der Banken ist jedenfalls fehl am Platz. In solchen Studiengruppen gehören auch Experten des Mieterverbandes.

Mit ihrem Plazet für eine bankenkontrollierte Hypozins-Studie macht auch Lilian Uchtenhagen (SPS) nicht eben eine gute Figur als Kämpferin für den Besitzstand der Mieterinnen und Mieter. Von ihr war kürzlich zu lesen: "Wir betonen meines Erachtens zu Recht die Vorteile des Wettbewerbs und der Marktwirtschaft. Aber in der Marktwirtschaft, die wir haben, spielt der Wettbewerb nur sehr beschränkt. Die Macht, die wir demokratisch kontrollieren wollen, sie entzieht sich der Kontrolle, sie ist weitgehend anonym, vernetzt." (Rote Revue 1/90) Gerade die "Bürgerliche Expertokratie" ist jedoch ein wesentliches strukturelles Element der anonymen Machtausübung in der privatkapitalistischen Marktwirtschaft und deren parlamentarischen Überbau.

Zumindest arithmetisch wird das Gemeindeparlament von Zürich neuerdings von einer rot-grünen Mehrheit regiert. In der Stadtregierung der schweren Ecke des eidgenössischen Finanzparallelogramms zwischen Zürich, Genf, Basel, Lugano haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den bankenfreundlichen Thomas Wagner (FDP), durch die bankenkritischen Josef Estermann und Ursula Koch (SPS), und ihr Team ersetzt. Bekommt damit die Berner Finanzplatz-Konkordanz in Zürich Risse? Nimmt jetzt die Hoffnungsträgerin Ursula Koch es wirklich mit denen an der Zürcher Bahnhofstrasse auf, nachdem der wirtschaftsliberale Thomas Wagner zu Fall kam? Dazu ein nüchterner Blick nach Frankfurt, dem grössten Finanzplatz Kontinentaleuropas. Der rot-grüne Magistrat in Frankfurt ist – im Gegensatz zu der vor einem Jahr abgewählten CDU-Stadtregierung – bereit, alle Bauwünsche der Banken zu erfüllen. Schliesslich lebt die ganze Metropole vom Finanzbusiness. Was für die Banken gut ist, ist deshalb auch gut für Frankfurt ("Die Zeit" 30.3.90).

*

Trotz den Rekordgewinnen der Schweizer Grossbanken 1989 im globalen Finanzcasino machen sich die vier Bundesratsparteien Sorgen um die Zukunft des Finanzplatzes Schweiz. Recht haben sie. Seit 1987 ist die grosse Spekulationstriade London-New York-Tokyo angeschlagen, während die chronischen Schwierigkeiten im Schuldengeschäft mit den Ländern der Dritten Welt das internationale Bankgeschäft zusätzlich lähmen.

Wie Morgan Stanley Capital International meldete, lagen in London und New York die Volumina der Aktienspekulation auch 1989 unter dem Wert von 1987: diese Börsen haben sich vom Crash 1987 nicht erholt. Einst milliard-

denschwere Wall Street-Spekulanten wie beispielsweise das Wertschriftenhaus Drexel, Burnham, Lambert, gingen bankrott und mussten liquidiert werden. Andere US-Investment Banken, wie zum Beispiel Credit Suisse-First Boston können sich nur dank massiven Kapitalinfusionen ihrer Mutterbank (SKA) über Wasser halten.

Mit zweijährigem Verzug begann nun anfangs 1990 die Krise auch in Japan; die mächtige rote Sonne über der Aktienspekulation in Tokyo's Kabutocho-Quartier ist untergegangen. Gut ein Viertel ihres Wertes haben die an der Tokyo-Börse gehandelten Aktien verloren (Stand Ende März 1990). Das sind rund 1600 Milliarden Dollar, mehr als das Bruttosozialprodukt von Australien, China, Chile, Ägypten, Spanien und Südkorea zusammen wie Japans grösste Wirtschaftszeitung "Nihon Keizai Shimbun" stolz notierte. Damit ging nach London und New York auch das dritte Standbein der Spekulanten auf den internationalen globalisierten Finanzmärkten in die Knie.

Anfangs der 80er Jahre eröffneten Computerisierung und Standardisierung des weltweiten Geldverkehrs, kombiniert mit dem Abbau von staatlichen Kapitalverkehrs-Vorschriften den Banken und Privatinvestoren völlig neue Möglichkeiten in der Spekulation. Dadurch entstanden grenzüberschreitende, vollelektronische Finanzmärkte für Geldkapital in allen seinen Erscheinungsformen mit Tagesumsätzen in Höhe früherer Jahresumsätze. Die Finanzströme auf diesen Märkten entwickelten dabei die Tendenz, sich vom Kapitalkreislauf in der Realwirtschaft abzukoppeln. Von den im Casino-Kapitalismus – wie dieses Phänomen schliesslich Mitte der 80er Jahre bekannt(2) geworden ist – entstandenen Arbeitsplätzen, profitierte nicht zuletzt der Finanzplatz Schweiz. Die erfolgreichen Banken strichen riesige Extraprofite aus dem Spekulationsgeschäft ein. Jetzt kehrt der zeitweilig ausgeklügelte Weltfinanzsektor wieder auf den Boden der Realität zurück. Die fetten Jahre des Casino-Kapitalismus sind vorbei. Redimensionierung und Umstrukturierung der internationalen Finanzmärkte stehen zuoberst auf der Agenda. Damit steht auch die privilegierte Stellung des Finanzplatzes Schweiz auf dem Spiel und die mit den Extraprofiten aus der Wertschriftenpekulation gefüllte Subventionsgliesskanne des Staates droht auszutrocknen.

*

Mit dem Niedergang des Casino-Kapitalismus geht in Osteuropa der Bankrott der realsozialistischen Planwirtschaft einher. Die Bevölkerungsmehrheit wünscht sich dort so schnell wie möglich den Anschluss an die Konsum-Standards des westeuropäischen Mittelstandes. Sie setzt dabei auf die kapitalistische Marktwirtschaft. Jetzt sollen Besitzverhältnisse, Produktions- und Verteilungsapparat in diesen Ländern nach westeuropäischen Vorgaben umgebaut werden. Im Osten steigt ein Phönix aus der warmen Asche des westlichen Casino-Kapitalismus in die verpestete Luft des Realsozialismus. Der Vogel heisst Realkapitalismus – friss oder stirb.

Finanzoperationen, die realen Grundgeschäften untergeordnet sind, brin-

gen den Banken zwar kleinere Profitmargen als die Vermittlung der internationalen Spekulation. Auch im Kommerzgeschäft liegt jedoch Arbeit und Verdienst fürs Geldgewerbe. Riesige Kapitalien müssen von der Spekulation auf den globalisierten Finanzmärkten abgezogen und im Osten in die Realwirtschaft investiert werden.

Finanzplatz Frankfurt heisst die erste Adresse im neuen Geschäft, und schon prophezeite der dortige Oberbürgermeister Volker Hauff (SPD) die Übertreibung des Finanzplatzes London. Rein marktwirtschaftlich gesehen, triumphiert Sozialdemokrat Hauff mit Recht. Frankfurt ist rundum ideal positioniert im Geschäft der Ost-Finanzierung. 45 Jahre nach seiner "Stunde Null" plus Marshallplan hat der Deutsche Kapitalismus nicht nur die "ehemalige Ostzone", sondern sein ganzes Hinterland, vom Baltikum bis zum Balkan, zurückgewonnen – für "Freiheit" und "Demokratie".

In Zürich bleibt die grösste Bank vorerst skeptisch. "Solange die neuen Rahmenbedingungen nicht festgelegt und allgemein akzeptiert sind, bleiben Kapitalanlagen in Osteuropa riskant und der Aussenhandel unterentwickelt, heisst es in den SBG-Wirtschaftsnotizen vom März 1990. Während das Deutsche Kapital längst den östlichen Wirtschaftsraum als neues Absatzgebiet und Billiglohnparadies zurückerobert, analysieren die Bankgesellen die aktuelle Entwicklung mit der politischen Ökonomie des Rentners, der um sein Ruhestandskapital bangt. Mit dieser Sichtweise dürfte sich das Institut vor allem seinen Kunden in der Vermögensverwaltung empfehlen, der grossen Spezialität des Finanzplatzes Schweiz. Beliebt schon vor 200 Jahren bei französischen Aristokraten zur Sicherung ihrer Louis d'Or vor Robespierre, und über alle Kriege und Weltkriege hinweg weiter mit Erfolg gepflegt, dürfte diese Spezialität im Auslandsgeschäft des hiesigen Finanzplatzes auch in Zukunft aktuell bleiben. Haben sich die neuen Marktwirtschaften im Osten erst einmal etabliert und genügend hausgemachte Wirtschaftskarrieren produziert, dann steht am Finanzplatz Schweiz neue zahlungskräftige Nachfrage nach Bankdienstleistungen an. Baltische Milliardäre, Ungarische Immobilienhaie, Bulgarische Banknotenändler, Tschechische Waffenschieber, Bordellbesitzer aus Grossdeutschland und Georgische Mafiosi stehen vor der Tür – ein neuer Geschäftszyklus in der casinokapitalistischen Vermögensverwaltung auf dem Finanzplatz Schweiz kann beginnen.

Anmerkungen

- 1) Siehe Jean Ziegler: *La Suisse lave plus blanc*. Paris 1989. Migros und andere Warenhäuser annullieren oder verweigern die Auslieferung des Buches.
- 2) Siehe Gian Trepp: *Casino-Kapitalismus international*. In: *Widerspruch* 14, 1987.